

A N T R Ä G E

3. Landesparteitag

5. Dezember 2009

Erlangen

1 **Anträge zur Tagesordnung**

2
3 **Antrag T1**

4
5 **Antragsteller_innen: Barbara Daum, Reinhold Rückert, Heinz Allekotte, alle Kreisverband**
6 **Aschaffenburg und Untermain**

7
8 **Antragsbegehrt: Mündlicher Bericht der Schiedskommission sowie Veröffentlichung der**
9 **Langfassung des Berichts.**

10
11 Der Landesparteitag beschließt, den Bericht der Schiedskommission mündlich vorgetragen zu
12 bekommen und eine Kurzfassung als Tischvorlage zu erhalten.
13 Der LPT beschließt weiter, die Langfassung des Berichts der Mitgliedschaft in geeigneter Form, z.
14 B. im Internet, zugänglich zu machen.

15
16 **Begründung :**

17 Durch die mündliche Berichterstattung in Verbindung mit der Kurzfassung ist der Bericht leichter
18 verständlich. Nachfragen werden damit erleichtert, ja erst ermöglicht.
19 Jedes Mitglied muss die Möglichkeit haben, sich gründlich und umfassend zu informieren. Die
20 Kurzfassung des Berichts langt da nicht aus. Hintergründe eines Verfahrens lassen sich erst durch
21 das Studium der Langfassung begreifen.
22 Weiteres mündlich.

23
24
25 **BESCHLUSS**

26 Dafür _____

27 Dagegen _____

28 Enthaltungen _____

29
30 Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....
31
32

1 **Anträge zur Geschäftsordnung**

2
3 **Antrag** **GO 1**

4
5 **Antragsteller: Stefan Gerbig, Christian Löbel (beide KV Nürnberg/Fürth), Florian Paul (KV**
6 **Regensburg), Stefan Gebuhr, Markus Grundmann, Sarah Plack, Ulli Schlee, Ramona Tax (alle**
7 **Linksjugend [solid]), Linksjugend [solid] Nürnberg**

8
9 **Antragsbegehren: Veröffentlichung der Protokolle und der Beschlüsse des LPT**

10
11 Der Landesparteitag möge beschließen:

12
13 Der Landesvorstand und die Protokollkommission werden beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass den
14 Delegierten bis spätestens 6 Wochen nach einem Landesparteitag (LPT) das Protokoll des jeweiligen LPT
15 schriftlich zugeht. Ebenfalls nach spätestens 6 Wochen sind die Beschlüsse des LPT parteiöffentlich zu
16 machen. Hierfür wird unter anderem die Webpräsenz des Landesverbands verwendet.
17 Noch nicht veröffentlichte Protokolle vorangegangener LPT sind ebenfalls bis spätestens 6 Wochen nach
18 dem 2. LPT nachzureichen.

19
20 **Begründung:**

21 Die grundsätzliche Notwendigkeit eines Protokolls, welches den Mitgliedern des Organs auch zugänglich ist,
22 sollte evident sein. Bisher wurden die Protokolle der LPT nicht zeitnah oder gar nicht veröffentlicht. Da sich
23 dieser Zustand über mehrere Parteitage nicht verbessert hat, ist es notwendig dieser Problematik eine
24 größere Priorität einzuräumen.

25
26 **BESCHLUSS**

27 Dafür _____

28 Dagegen _____

29 Enthaltungen _____

30 Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

31

1 Anträge zur Arbeit des Vorstandes und zur Ausrichtung des 2 Landesverbandes

3 4 Antrag L1

5 6 Antragsteller_innen:

7 **Stefan Bannert**, *Kreisvorsitzender Main-Rhön*, **Stefan Breit**, *KV München*, **Horst Bruns**,
8 *Bamberg*, **Kreisvorstand Bayreuth**, **Erkan Dinar**, *Kreisvorsitzender Ansbach/Weißenburg-*
9 *Gunzenhausen*, **Klaus Bruno Engelhardt**, *Kreisvorsitzender Hochfranken*, **Nicole Fritsche**, *KV*
10 *München*, **Gerhard Hartmann**, *Kreisvorsitzender Schwabach-Roth*, **René Hähnlein**,
11 *Kreisvorsitzender Coburg*, **Frank Heinze**, *KV Erlangen*, **Kreisvorstand Hochfranken**, **Anny**
12 **Heike**, *KV Nürnberg-Fürth*, **Kreisvorstand Ingolstadt**, **Gisela Kessler**, *KV Nürnberg-Fürth*,
13 **Kreisvorstand Kulmbach**, **Angelika Lüdemann**, *KV Nürnberg-Fürth*, **Christa Meist**, *KV*
14 *Kulmbach*, **Günter Mönius**, *KV Nürnberg-Fürth*, **Kreisvorstand Nürnberg-Fürth**, **Kreisvorstand**
15 **Oberland**, **Anton Salzbrunn**, *Kreissprecher Erlangen-Höchstadt*, **Titus Schüller**, *KV Nürnberg-*
16 *Fürth*, **Klaus Schröder**, *stellv. Kreisvorsitzender Schweinfurt*, **Max Steininger**, *OV München-Ost*,
17 **Frank Wangerin**, *KV Erlangen*, **Harald Weinberg**, *Kreisvorsitzender Nürnberg-Fürth*, **Wolfgang**
18 **Ziller**, *KV Schweinfurt*

19 20 Antragsbegehren: Leitlinie für die Arbeit des Landesvorstandes und Orientierung für die 21 Landesarbeitsgemeinschaften, die Kreis- und Ortsverbände und Gruppen.

22
23 Der Landesparteitag möge beschließen:

24
25 Die erfolgreiche Bundestagswahl vom September 2009 markiert in der Entwicklung der
26 bayerischen LINKEN eine wichtige Etappe. Mit deutlich über 5 % ist sie eine ernstzunehmende
27 Kraft in der Parteienlandschaft des Freistaates. Zugleich sind die schwarz-gelben
28 Regierungskoalitionen im Bund und in Bayern eine Herausforderung zum Widerstand.
29 Nicht zuletzt aus den positiven Wahlergebnissen und den bundespolitischen Konstellationen
30 erwachsen neue Erwartungen und Anforderungen an die Parteientwicklung der LINKEN.

31 32 Gesellschaftliche Bewegungen unterstützen

33
34 Wohin sich unser Land entwickelt darf nicht den Regierenden überlassen werden. Mit ihrem
35 gewachsenen parlamentarischen Einfluss muss DIE LINKE die sozialen und demokratischen
36 Bewegungen unterstützen.

37 Gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden, globalisierungskritischen
38 Gruppen, Sozialforen, Bildungs- und Bürgerrechtsinitiativen, Friedensgruppen, Initiativen gegen
39 Rechtsextremismus und anderen Zusammenschlüssen müssen der Politik der Kriegseinsätze, des
40 Sozial- und Demokratieabbaus Grenzen gesetzt werden.

41
42 * Der Landesvorstand und die Landesarbeitsgemeinschaften sind gefordert zu diesen
43 Bewegungen Kontakte zu knüpfen und die Zusammenarbeit zu entwickeln.

44 * Analog wirken die Kreisverbände vor Ort.

45 * Die MandatsträgerInnen auf allen Ebenen stehen als verlässliche PartnerInnen zur Verfügung.

46 * Die in diesen Bewegungen engagierten Mitglieder erhalten die Unterstützung der Partei.

47 Das eigene Profil schärfen

48
49 Das gemeinsame Handeln mit anderen politischen Kräften und die Schärfung des eigenen Profils
50 sind zwei Seiten einer Medaille. Auf Grundlage der politischen Schwerpunkte der Gesamtpartei
51 und der Beschlüsse der Landesparteitage ist es Aufgabe des Landesvorstandes

52
53 * politische Orientierungen zu formulieren,

54 * sie mit Kreisverbänden und Mitgliedern zu diskutieren und daraus
55 Arbeitsschwerpunkte zu entwickeln.

1 * Für wichtige politische Themen sind im Landesvorstand AnsprechpartnerInnen für die Kreise und
2 Gruppen zu benennen, die die Themen ihres Arbeitsgebietes bearbeiten und in der Partei sowie
3 in der Öffentlichkeit kommunizieren.

4 DIE LINKE flächendeckend verankern

5 Lebens- und arbeitsfähige Kreisverbände in allen Teilen Bayerns zu schaffen und in ihrer Arbeit zu
6 begleiten ist eine vorrangige Aufgabe des Landesvorstandes.

7 * Für die Entwicklung der Partei in der Fläche braucht es eine funktions- und handlungsfähige
8 Landesgeschäftsstelle.

9 * Im Landesvorstand werden konkrete persönliche Verantwortlichkeiten für Regionen bzw.
10 Kreisverbände festgelegt. Die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den Regionen und
11 Kreisverbänden fließen in die Arbeit des Landesvorstandes ein.

12 * Die Bundestags- und Europaabgeordneten aus Bayern sind aufgefordert in allen
13 Regierungsbezirken mit Wahlkreis- und/oder Regionalbüros präsent zu sein.

14 * Die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung von Kreisverbänden wird gefördert.
15 Maßstab für den territorialen Zuschnitt von Kreisverbänden ist die Handlungsfähigkeit und nicht die
16 Befindlichkeit.

17 * Bei der Planung überregionaler Aktivitäten und Veranstaltungen sind, entsprechend den
18 Möglichkeiten, neben den Zentren auch die eher ländlichen Regionen zu berücksichtigen.

19 **Die Organisation stärken**

20
21
22 In Bayern kommen auf ein Mitglied 143 Wähler. Dies zeugt von einer großen Mobilisierungsstärke
23 unserer Partei. Diese Mobilisierungsstärke muss auch in einer steigenden Mitgliederzahl ihren
24 Niederschlag finden.

25
26 * Der Landesvorstand erarbeitet, in Abstimmung mit den Kreisverbänden, für das Jahr 2010 eine
27 Mitgliederwerbekampagne mit konkreten Zielstellungen und machbaren Zwischenschritten.

28 * Die Beitragskassierung ist ein wichtiger Gradmesser für die Einbindung von Mitgliedern in die
29 Partei. Eine hundertprozentige Kassierung erhöht die Aktionsfähigkeit und stärkt die Finanzkraft
30 der Partei. Die Einbeziehung aller Mitglieder in die Beitragszahlung ist ein vorrangiges finanz- und
31 organisationspolitisches Ziel in der Arbeit der Kreisverbände.

32 * Mit dem offensiven Einwerben von Spenden bei SympathisantInnen und dem Ringen um
33 Beitragsehrlichkeit bei unseren Mitgliedern kann die finanzielle Situation der Partei verbessert
34 werden. Die gewonnenen Finanzmittel müssen so eingesetzt werden, dass das selbstständige
35 Handeln der Kreise verbessert und die Kampagnenfähigkeit auf Landesebene ermöglicht wird.

36 * Für die Einbeziehung möglichst vieler Mitglieder in die Arbeit der Kreise und Gruppen hat der
37 persönliche Kontakt, das direkte Gespräch, größte Bedeutung. Über die Vorstände hinaus, sollen
38 möglichst viele aktive Mitglieder als „Multiplikatoren in der Partei“ gewonnen werden, die den
39 Kontakt und die Kommunikation zu weniger aktiven Mitgliedern pflegen.

40 * Der Landesvorstand schafft mit einem monatlich erscheinenden Newsletter eine direkte
41 Verbindung zu den einzelnen Mitgliedern. Die Web-Seite wird als Kommunikationsmittel in die
42 Öffentlichkeit und in die Partei ausgebaut. Weitergehende direkte Kommunikationsmöglichkeiten,
43 wie eine Mitgliederzeitung, werden geprüft.

44 **Die politische Bildung erhöhen**

45
46
47 Die Qualifizierung unserer Arbeit und unserer Mitglieder erfordert die spürbare Verbesserung der
48 politischen Bildungsarbeit im Landesverband.

49
50 * Für den Prozess der Programmearbeitung erstellt der Landesvorstand einen politischen und
51 organisatorischen Rahmen. Er enthält Themenangebote für die Diskussion in Kreisen und
52 Gruppen, regionale und landesweite Diskussionsveranstaltungen und Seminare zu wichtigen
53 Teilaspekten der künftigen Programmatik.

54 * Den Gruppen und Kreisen wird empfohlen in regelmäßigen Abständen (z. B. monatlich) aktuelle
55 und grundsätzliche Themen zur Diskussion zu stellen. Entsprechende Hilfen, wie „Thema des
56 Monats“, Literaturhinweise, Referentenangebote usw. werden vom Landesvorstand zur Verfügung
57 gestellt.

- 1 * Die offenen Bildungsangebote des Kurt-Eisner-Vereins und der örtlichen Rosa-Luxemburg-Clubs
- 2 müssen verstärkt genutzt werden.
- 3 * Spezifische Schulungs- und Qualifizierungsangebote für Frauen müssen zur Verfügung gestellt
- 4 werden. Aus diesen Elementen soll ein Frauenförderplan entwickelt werden.
- 5 * Konkrete Maßnahmen zur Vermittlung von Fachkenntnissen für Beratungstätigkeit und für
- 6 Aufgaben der politischen Arbeit müssen entwickelt und angeboten werden (z. B. Sozial- und
- 7 Schuldnerberatung, Öffentlichkeits- u. Pressearbeit, Organisation etc.).

8
9 **Die öffentliche Präsenz ausbauen**

10
11 Eine kontinuierliche, über die Wahlkämpfe hinausgehende Öffentlichkeitsarbeit ist eine wichtige
12 Voraussetzung für die Bindung der bei den Bundestagswahlen erreichten Wählerschichten und für
13 die Verankerung der LINKEN im öffentlichen Bewusstsein. Dabei müssen Schwerpunkte gestärkt
14 und Regionen mit unterdurchschnittlicher Präsenz gezielt entwickelt werden.

- 15
16 * Die ca. zweimonatlich erscheinende Zeitung der Bundestagsfraktion „KLAR“ soll zu einem festen
- 17 Bezugspunkt für das öffentliche Auftreten der LINKEN in den Gemeinden und Stadtteilen werden.
- 18 * Der Zeitung der Bundestagsfraktion, die wichtige bundespolitische Themen abdeckt, können
- 19 regionale oder örtliche Informationen bei- gefügt werden.
- 20 * Der Aufbau von Verteilersystemen, die sich an den Wahlergebnissen orientieren und bei dem
- 21 Mitglieder in „ihrem“ Stadtbezirk regelmäßig verteilen, ist anzustreben.
- 22 * Informationsstände zu aktuellen Themen, aber auch spektakulärere Aktionen der LINKEN, sind
- 23 unabhängig von Wahlkämpfen fester Bestandteil in der Arbeit der Kreise und Gruppen.
- 24 * Das Beratungs- und Unterstützungsangebot der LINKEN für sozial benachteiligte Menschen
- 25 muss ausgebaut werden. Sachkenntnis und Fachwissen muss über regionale Grenzen hinaus zur
- 26 Verfügung gestellt werden. Regelmäßige Bürgersprechstunden der MandatsträgerInnen müssen
- 27 das Beratungsangebot ergänzen.
- 28 * Die MandatsträgerInnen der LINKEN sind aufgefordert, ihre Arbeit öffentlich und bürgernah zu
- 29 gestalten. Mit kommunalpolitischen Foren und themenbezogenen Diskussions- und
- 30 Informationsangeboten muss Transparenz hergestellt und Bürgerbeteiligung ermöglicht werden.

31
32 **Dieses Programm ist Leitlinie für die Arbeit des Landesvorstandes und Orientierung für die**
33 **Landesarbeitsgemeinschaften, die Kreis- und Ortsverbände und Gruppen. Es soll künftig**
34 **jährlich auf einem Landesparteitag überprüft und fortgeschrieben werden.**

35
36
37
38 **BESCHLUSS**

39
40 Dafür _____
41 Dagegen _____
42 Enthaltungen _____

43 Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....
44
45

Antrag L2

Antragsteller_innen: Eva Bulling-Schröter, Gilberte Lebien-Schachner, Nicole Gohlke, Anny Heike, Eva Mendl, Michaela Siebe, Anton Salzbrunn, Harald Weinberg, Wolfgang Ziller

Die LINKE in Bayern - Inhaltliche Profilierung und politische Handlungsfähigkeit stärken

Der Parteitag möge beschließen:

Die LINKE nach der Wahl

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2009 sind bereits mehrmals analysiert und interpretiert worden. Deshalb hier nur eine kurze Zusammenfassung:

Die LINKE ging gestärkt aus dieser Wahl hervor und erreichte auch in den alten Bundesländern mit durchschnittlich 8% und in keinem Bundesland unter 5% ein hervorragendes Ergebnis.

Die SPD erzielte ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1893 (der ersten Wahl nach der Wiedezulassung der SPD nach den Sozialistengesetzen). Es ist diesem Absturz der SPD zuzuschreiben, dass Schwarz-Gelb eine ausreichende Regierungsmehrheit erhalten hat. Das politische Projekt von Schwarz-Gelb gewinnt inzwischen Kontur. Inhalt dieses Projektes ist die Rettung des Neoliberalismus in seiner bislang größten Krise und der Rettung der Profite von Banken und Großkonzernen.

Die sich objektiv immer notwendigeren Öffnung hin zu einer solidarischen Ökonomie, einem ökologischen Umbau und einer friedlichen Außenpolitik wurde durch den Sieg von Schwarz-Gelb für eines der Leit-Nationen der EU blockiert.

Das sich abzeichnende politische Projekt trägt öko-imperialistische und neoliberale Züge:

- "Brückentechnologien" als Antwort auf die ökologische Krise: CO₂-Speicherung, Verlängerung von AKW-Laufzeiten, Wiedereinstieg in die Aufbereitung, Alternative Energien nur auf der Basis und im Rahmen der existierenden Monopolstrukturen.
- Weitere Privatisierung der Daseinsvorsorge in teilweise neuem Gewand, z.B. in Form eines "Bürgergeldes" à la FDP.
- Weitere Spaltung der Gesellschaft mit dem Ziel, die "Überflüssigen" politisch zu marginalisieren und ruhig zu stellen.
- Wieder Ingangsetzung des Finanzmarkt-Kapitalismus durch enorme Summen, die in dieses System gepumpt worden sind und werden.
- Weitere Besserstellung der "Leistungsträger" durch Steuererleichterungen und Befreiung von Sozialabgaben.
- Abwälzung der Kosten für dies alles auf die Masse der Bevölkerung, z.B. über Zuzahlungen, private Vorsorge, Mehrwert- und Verbrauchsteuererhöhung.
- Eine weitere Verschärfung des Kriegskurses durch die erneute Ausweitung des Afghanistan-Mandats und eine erneute Truppen-Aufstockung.

Wir werden in eine Phase von verschärften Verteilungskonflikten, sozialen und politischen Auseinandersetzungen eintreten. In diesen kommenden Auseinandersetzungen werden die nicht mehr durch falsche Rücksichtnahme gebundenen Gewerkschaften sicher eine entscheidende Rolle spielen, aber auch die außerparlamentarischen Bewegungen wie die Anti-Atom-Bewegung, die Anti-Kriegs-Bewegung oder die Proteste der Studierenden. Es wird einmal mehr darum gehen, diese neoliberalen Zumutungen abzuwehren; insofern handelt es sich um Abwehrkämpfe. Aufgabe

1 der LINKEN im Bund wie in Bayern ist es, die soziale Verteidigung zu organisieren, im Bündnis mit
2 anderen zu ihrem Motor zu werden.

3 Gleichzeitig wird es auch darum gehen, entlang politisch-inhaltlicher Alternativprojekte eine soziale
4 und politische Basis zu finden zur Durchsetzung eines sozial-ökologischen Entwicklungsmodells
5 und zur Schritt weisen Überwindung des Neoliberalismus.

6 Dies ist auch deshalb notwendig, weil die Entwicklungslogik des Finanzmarkt-Kapitalismus auf
7 ständige Expansion ausgelegt ist, dabei jedoch gleichzeitig die eigenen Existenzbedingungen
8 zerstört - und damit die Existenzbedingungen der Gesellschaft als Ganzes.

9
10 - Die Krise aus der Spekulationsblase wird bekämpft, in dem die Finanzkreisläufe stabilisiert und
11 noch mehr Geld in das System gepumpt wird. Die Blase wird größer oder es werden an
12 anderen Stellen neue Blasen geschaffen. In beiden Fällen entstehen neue Krisenherde.

13
14 - Die langfristige Reproduktion der Gesellschaft gerät durch eine verpasste und/oder verspätete
15 sowie halbherzige ökologische Kehrtwende in akute Gefahr.

16
17 - Die neoliberalen Konkurrenzgesellschaften erschweren und zerstören innergesellschaftliche
18 Solidarität und arbeiten dem Rechtsextremismus zu.

19
20 - International spitzen sich die Widersprüche weiter zu und entladen sich in kriegerischen
21 Auseinandersetzungen und Kämpfen um Ressourcen, die die genannten Widersprüche jedoch
22 nicht dauerhaft lösen oder stilllegen können, sondern nur noch weiter verschärfen.

23
24 Deshalb geht es um viel! Und wir haben in einem Kernland der EU nicht nur mindestens vier Jahre
25 verloren, sondern werden mit einem regelrechten "Roll-Back-Versuch" konfrontiert sein.

26 Wir müssen gleichzeitig Widerstand leisten und die gesellschaftliche Debatte entwickeln über die
27 Perspektiven eines sozial-ökologischen Entwicklungsmodells jenseits von Profitlogik und
28 Ausgrenzung. Wir müssen die Pluralität einer "Mosaik-Linken" als Chance verstehen und
29 gleichzeitig ein linkes politisch-gesellschaftliches Bündnis zu schmieden versuchen, das diese zu
30 entwickelnden gesellschaftlichen Perspektiven tragen könnte.

31 32 **Die LINKE in Bayern**

33
34 Mit 6,5% hat die LINKE auch in Bayern ein bemerkenswert gutes Ergebnis erzielt. Wenn auch
35 regional unterschiedlich, ist es gelungen, den günstigen Bundestrend, der nach den Landtagswah-
36 len von Thüringen, Sachsen und Saarland einsetzte, in Bayern zur Erzielung guter Wahlergebnis-
37 se zu nutzen. Organisation des Wahlkampfes und Logistik haben gut funktioniert. Es gab allge-
38 mein einen engagierten Basis-Wahlkampf. Es ist uns gelungen, in gesellschaftliche Bereiche
39 vorzudringen, die uns 2005 noch weitgehend verschlossen waren. Dies drückte sich am Ende in
40 einer deutlichen Zunahme der absoluten Stimmen aus und führte dazu, dass jetzt 6 Abgeordnete
41 aus Bayern in den Bundestag eingezogen sind.

42 Bei aller berechtigten Freude über und allem berechtigten Stolz auf dieses Ergebnis sollte nicht
43 übersehen werden, dass dieses Ergebnis in einem Spannungsverhältnis steht zur Organisations-
44 stärke der Partei in Bayern. Der organisatorische und politische Zustand der LINKEN in Bayern
45 hinkt den Ergebnissen bei der Bundestagswahl vielerorts deutlich hinterher.

46 Die Wahlergebnisse und auch die Art und Weise ihres Zustandekommens, auch von
47 überdurchschnittlichen regionalen Ergebnissen zeigen die Möglichkeiten für eine erfolgreiche
48 Parteientwicklung auf, die sich in Bayern bieten.

49
50 - Verankerung und Vernetzung in sozialen Bewegungen, Initiativen, Gewerkschaften und
51 Organisationen der Zivilgesellschaft.

52 - Kommunalpolitische Verankerung.

53 - Initiativ und aktivistisch.

54 - Politisch handlungsfähig und handlungsbereit.

55 - Bündnis- und kampagnenfähig.

56 - Nahe bei den Menschen, die für ihre Interessen kämpfen.

- 1 - Relativ positiv von der Medienöffentlichkeit wahrgenommen.
 2 - Verzicht auf innerparteiliche Schlammschlachten.

3
 4 Wenn dies einigermaßen zutreffend die Punkte sind, die überdurchschnittliche Wahlerfolge
 5 ermöglicht haben, dann sind es auch die Punkte, auf die wir im Landesverband hinarbeiten sollten.
 6 Dies gilt insbesondere auch für den Landesvorstand als politisches Leitungsorgan des
 7 Landesverbandes. Der Landesvorstand ist ein auf Zeit gewähltes politisches Leitungsgremium,
 8 das die Aufgabe hat, den Landesverband im Rahmen der programmatischen Beschlüsse der
 9 Partei auf Bundes- und Landesebene politisch zu führen. Dazu gehört selbstverständlich auch die
 10 Rechenschaftspflichtigkeit gegenüber dem Landesparteitag. Dazu gehören aber auch Aufgaben
 11 wie die stärkere Profilierung in landespolitischen Fragen durch inhaltliche Kompetenz oder durch
 12 Bündnis- und Kampagnenarbeit.

13 Eine gute inhaltliche Leitlinie haben wir mit unserem Landtagswahlprogramm von 2008. Auf der
 14 Grundlage dieses Programms, das nahezu einmütig auf dem Parteitag in Nürnberg beschlossen
 15 worden ist, haben wir einen Wahlkampf geführt, in dem unser weitgehend geschlossenes
 16 öffentliches Auftreten unser großer Vorteil war. Und dieses Programm gilt für uns weiterhin,
 17 unabhängig davon, ob wir im Landtag vertreten sind. Dieses Wahlversprechen einzuhalten ist auch
 18 weiterhin unsere Aufgabe. Schließlich ist auch der Einzug in den Landtag nach dem
 19 verheißungsvollen Start 2008 nach wie vor unser Ziel. Daß dies realistisch ist, zeigt nicht zuletzt
 20 das aktuelle Bundestagswahlergebnis. Darauf und auf eine Mehrheit jenseits von schwarz-gelb im
 21 Land und im Bund hinzuarbeiten erfordert neben Geschlossenheit politische Aktions- und
 22 Kampagnenfähigkeit im außerparlamentarischen Raum.

23 Wenn die Analyse des ersten Teils zutreffend ist, dann braucht es umso drängender einen
 24 Landesvorstand, der diese politische Führungsaufgabe auch annehmen will. Die derzeitige
 25 Landesvorstandsmehrheit will diese Führungsaufgabe explizit nicht wahrnehmen, sondern möchte
 26 sich auf die Koordination basisdemokratischer Initiativen aus den Kreisverbänden beschränken.
 27 In diesem politischen Verständnis verschwindet der Landesverband als eigenständiger politischer
 28 Akteur und wird reduziert auf einen innerparteilichen Moderator und Mediator. Damit wird er jedoch
 29 weder der parteipolitischen Verantwortung noch den aktuellen gesellschaftspolitischen
 30 Anforderungen gerecht ganz zu schweigen vom Auftrag unserer Wähler.

31 In der vor uns liegenden Phase wird es darum gehen, den Landesverband weiter aufzubauen ihn
 32 weiter dahin zu entwickeln, dass er den politisch-gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht
 33 werden kann. Hierzu liegen dem Parteitag eine Reihe Anträge zur Parteientwicklung vor. Es geht
 34 besonders um folgende Ziele:

- 35
 36 - Verankerung in der Fläche (strukturell aber auch gesellschaftlich, kulturell und
 37 gewerkschaftlich)
 38 - Bildungspolitik (soziale Kompetenz und politische Bildung) im Hinblick auf unser Kandidaten für
 39 die nächsten Wahlen

40
 41 Wir fordern den Landesvorstand in seiner Gesamtheit auf, sich seiner politischen Verantwortung
 42 zu stellen und fordern ihn ausdrücklich auf, sich entsprechend § 18 Abs. 1 der Landessatzung zu
 43 verhalten:

44 **"Der Landesvorstand ist das politische Führungsorgan des Landesverbandes. Er leitet den
 45 Landesverband."**

46 Wir erwarten daher vom Landesvorstand, dass er politisch führt. Dies schließt
 47 Rechenschaftslegung und eine offene Diskussion über die vom Landesvorstand vorgelegten
 48 Positionen sowie deren Korrektur ausdrücklich ein.

49
 50
 51 **BESCHLUSS**

52 Dafür _____

53 Dagegen _____

54 Enthaltungen _____

55
 56 Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

Allgemeine politische Anträge

Antrag A1

Antragsteller: Kreisverband Dachau

Wolf-Dieter Krämer, stellv. Kreisvorsitzender im KV Dachau

Antragsbegehren: Politische Zielrichtung

Der Landesparteitag möge beschließen

im Rahmen des Programms der Gesamtpartei die politische Zielrichtung in Schwerpunkten zu präzisieren:

1. Durch intensive Diskussion in den bayerischen Kreisverbänden und im Landesverband sind der Begriff und die Inhalte des Sozialismus – Demokratischer Sozialismus – für die praktische tägliche Politik der Partei DIE LINKE zu erschließen und dem nächsten Landesparteitag zum Beschluss vorzulegen.

2. In die Diskussion zum „Sozialismus in Bayern“ sind der Kurt Eisner-Verein e.V. / Rosa Luxemburg-Stiftung in geeigneter Weise (durch Seminarreihen, Vorträge und Veranstaltungen – auch öffentlichkeitswirksam) einzubeziehen.

3. Als wesentlicher Bestandteil der Diskussion zum Demokratischen Sozialismus ist auch die Situation und um die Zukunft der Menschen- und bürgerlichen Grundrechte in der Bundesrepublik zu führen. Eine Landesarbeitsgemeinschaft soll hierzu bedeutende Beiträge liefern. Der Landesverband unterstützt tatkräftig dieses Vorhaben durch einen Aufruf zur baldigen Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) „Menschen- und bürgerliche Grundrechte“

4. Der Landesverband wirkt darauf hin, durch karitative Forderungen sich nicht in bestehende politische Missverhältnisse einbinden zu lassen und dadurch auf Dauer politisch handlungsunfähig zu werden. (z.B. Armut). Hart IV muss nach wie vor ersatzlos weg.

Begründung:

Zu Punkt 1:

Bisher konnten wir als Partei aufgrund kurzfristig aufeinander folgender Wahlkämpfe unsere programmatischen Ziele nur plakativ äußern. Das Thema „Demokratischer Sozialismus“ kann nun in der „Wahlpause“ theoretisch und praktisch konkretisiert – die Parteientwicklung inhaltlich vorangebracht - werden. Hier ist der Antrag „Parteientwicklung in Bayern in den nächsten vier Jahren“ in seiner organisatorischen Intention hilfreich und ergänzend. Antragsteller: Stefan Bannert, Klaus Bruno Engelhardt, Christa Meist.

Zu Punkt 2:

Bisher ist in dieser Richtung mit dieser Thematik nach unseren Eindrücken (in München) noch wenig gelaufen, bzw. haben wenig Ergebnisse in die Parteiarbeit Eingang gefunden.

Zu Punkt 3:

Es ist erschreckend, wie viele Landesarbeitsgemeinschaften – berechtigterweise – bestehen und dem gegenüber zentrale Grundlagen jeglicher sozialistischen Politik, die Menschen- und bürgerlichen Grundrechte, in der Bundesrepublik an Resonanz und Mitarbeit finden. Ohne diese Rechte wird die Demokratie ausgehöhlt und jeglicher entstehender Plutokratie (letztlich willkürlicher Blutokratie) Vorschub geleistet und die Werktätigen und bestehenden Landesarbeitsgemeinschaften sind der Willkür ausgesetzt.

1 Zu Punkt 4
2 Die Sozialdemokratie hat bisher dafür über 131 Jahre Modell gestanden – eine Fehlkonstruktion,
3 die DIE LINKE nicht in nachäffender Weise zu wiederholen braucht. Die Domestizierung der
4 Werktätigen und sonstigen Abhängigen zu jeglichem Wohlverhalten, kann nicht die Aufgabe für
5 DIE LINKE und die
6 Gewerkschaften sein.
7
8

9 **BESCHLUSS**

10 Dafür _____
11 Dagegen _____
12 Enthaltungen _____
13

14 Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....
15
16
17
18
19
20
21

22 **Antrag A2**

23 **Antragsteller_innen:** Anja Bergmann, Holger Grünwedel, Ingrid Brockmann
24

25 **Schutzmaßnahmen für Kolleginnen und Kollegen bei Betriebsinsolvenz**

26
27 Den Kolleginnen und Kollegen, die sich z.B. bei Quelle in Altersteilzeit befinden, gehen durch die
28 Insolvenz ihre Ansprüche verloren.
29

30 Der Landesparteitag fordert die bayerischen Mitglieder des Bundestages auf, sich für
31 Schutzmaßnahmen der Kolleginnen und Kollegen bei der Bundesregierung, der bayerischen
32 Staatsregierung und der Bundesagentur für Arbeit einzusetzen und entsprechend gesetzgeberisch
33 aktiv zu werden.
34

35 **Begründung** erfolgt mündlich
36

37 **BESCHLUSS**

38 Dafür _____
39 Dagegen _____
40 Enthaltungen _____

41 Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt..... **Annahme**
42
43
44

Antrag A3**Antragsteller: LandessprecherInnenrat LAG Betrieb und Gewerkschaft****Unterstützung der bayerischen Abgeordneten der Linksfractionen im Bundestag und im Europaparlament**

Der Landesverband unterstützt die bayerischen Abgeordneten bei der Erarbeitung von Forderungen und Anträgen sowie bei der Durchführung von Kampagnen, die Alternativen zur Lissabon-Strategie insbesondere zum Flexicurity-Konzept, zur europäischen Dienstleistungsrichtlinie und zur Agenda2010 und damit Verbesserungen für Erwerbstätige und Erwerbslose zum Ziel haben.

Inhaltliche Schwerpunkte könnten z.B. sein:

- Beschäftigungsschutz bei Betriebsänderungen
- Erleichterungen von Betriebsratsgründungen (*z.B. Vorziehen des Kündigungsschutzes bei Betriebsratsgründung; Möglichkeit eines komplett externen Wahlvorstandes*)
- Schutzgesetze und Verbesserungen für die Beschäftigten in Leiharbeit und mit befristeten Arbeitsverträgen (*z.B. im entleihenden Betrieb betriebsübliche Bezahlung zuzüglich 20% Flexibilitätszuschlag, Begrenzung der Befristungsmöglichkeiten*)
- Senkung der gesetzlich geregelten Arbeitszeitobergrenzen (*60h/Wo. 48h/Wo., 48h/Wo. 40h/Wo., 40h/Wo. 30 bis 35h/Wo.*)
- Verbandsklagerecht für Gewerkschaften
- Mitbestimmung von Betriebsräten in wirtschaftlichen Angelegenheiten eines Betriebes
- Integration des Rechtes auf Arbeit in das Grundgesetz

Begründung:

Im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung wurde ein "Arbeitsvertragsgesetz"-Entwurf erarbeitet. Andere unternehmerfreundliche „Institute“ bereiten Ähnliches vor. Diese sehen den weiteren Abbau von Rechten für Erwerbstätige und Erwerbslose vor. Das aktuell geltende Arbeitsrecht reicht jedoch bereits jetzt nicht aus.

DIE LINKE sollte sich nicht nur auf die Verteidigung bestehender Rechte beschränken, sondern weitergehende Forderungen formulieren und dafür gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpfen.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

Antrag A4

Antragsteller_innen: Christa P. Meist, KV Kulmbach; René Hähnlein, KV Coburg; Klaus Bruno Engelhardt, KV Hochfranken; Eckhard Sabarth, KV Bayreuth; Arno Pfaffenberger, KV Kulmbach; Günter Eisemann, KV Kulmbach; Brigitte Blank, KV Hochfranken; Klaus Wiosna, KV Hochfranken;

Politisch handeln auf allen Ebenen – jetzt!

Landesverband und Kreisverbände der LINKEN werden angesichts der ins Haus stehenden massiven Arbeitsplatzverluste in Folge der umfassenden Krise und des sich abzeichnenden Privatisierungsdrucks auf allen Ebenen sozialer Sicherheit und der Daseinsvorsorge mit aller Kraft die Kämpfe der Belegschaften um Arbeitsplätze unterstützen, als Partei und in Bündnissen örtlich, regional und landesweit dem zunehmenden Privatisierungsdruck entgegen wirken ihre Beratungstätigkeit für die Betroffenen des Arbeitsplatzabbaus qualitativ und quantitativ verbessern.

Landesverband und Kreisverbände nutzen die o.g. Ansatzpunkte politischer Arbeit, um deutlich zu machen, dass das gegenwärtige Wirtschaftssystem Ursache der Krisen ist, die Diskussionsbasis für gesellschaftliche Alternativen zu erweitern und in einer breiten Öffentlichkeit zu verankern, damit Mehrheiten für eine grundlegende Systemänderung gewonnen werden können.

Landesverband und Kreisverbände nutzen dabei die bei der letzten Bundestagswahl hinzu gewonnene Stärke parlamentarischer Arbeitsmöglichkeiten für die organisatorische und inhaltliche Entwicklung außerparlamentarischer Aktionsformen.

Begründung:

Ursachen und Auswirkungen der Krise wurden in den Kreisverbänden eingehend diskutiert und brauchen hier nicht näher ausgeführt zu werden.

Auf allen Ebenen muss sich jetzt die Arbeit auf politisches Handeln und die Mobilisierung von außerparlamentarischen Mehrheiten für Veränderungen konzentrieren.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

Antrag A5**Antragsteller: Erkan Dinar****Frieden erfordert gegenseitige Achtung und Respekt****Der Parteitag möge beschließen:**

Der Landesparteitag bekräftigt die türkische Regierung darin, konkrete friedenspolitische Schritte zu gehen und den Dialog mit seiner kurdischen Bevölkerung sowie ihren Verbänden, Vertretungen, Parteien und politischen FührerInnen zu suchen.

Begründung: Der türkische Staat führt seit etlichen Monaten eine gesellschaftliche Diskussion über eine „demokratische Öffnung“ des Landes. Hinter Nebelkerzen versteckte sich bis dato die türkische Regierung und klärte mit den eigentlichen Machthabern, dem Militär, die Möglichkeiten von Angeboten für eben diese „demokratische Öffnung“.

Nach dem Eintreffen der ersten kurdischen Guerilleros aus den irakischen Kandilbergen und ihrem Friedensangebot an die türkische Regierung ist der Weg zu einem Friedens- und Demokratieprozess eröffnet worden. Obwohl die autoritären und faschistischen Kreise die Guerilleros sofort in Polizeigewahrsam nahmen ist doch ihre mittlerweile erfolgte Freilassung ein kleiner, aber dennoch sehr gewaltiger Schritt zu gegenseitigem Vertrauen. Eine Phase von mutigen Friedensbemühungen muss nun von beiden Seiten erfolgen. Die türkische Regierung darf sich dabei nicht von rassistischen und reaktionären Kräften in die Enge treiben lassen.

Das kurdische Volk hat seine demokratischen Forderungen an die türkische Regierung übergeben und wartet nun auf Signale zum Aufbau von gegenseitiger Achtung und Respekt. Dazu gehört es in den kurdischen Landesteilen eine befriedete Situation zu schaffen, indem sofort die Militäroperationen eingestellt werden und die Verhaftungen gegen Mitglieder der linken Partei DTP aufhören. Auch die Einstellung des Verbotverfahrens gegen die Partei des kurdischen Volkes in der Türkei, der DTP, wäre ein Gebot der Stunde.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

Antrag A6**Antragsteller: Erkan Dinar****Antragsbegehren: Landeszeitung zur SIKO 2010 und dem 1. Mai 2010****Der Parteitag möge beschließen:**

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand mit der Einrichtung einer Redaktionskommission, die zur NATO – Sicherheitskonferenz in München und dem 1. Mai 2010 jeweils eine themenbezogene Landeszeitung über mindestens 4 DIN A4 – Seiten veröffentlicht. Für die Redaktionskommission kann sich jedes interessierte Mitglied bewerben. Der Landesvorstand bestimmt in seinen Reihen mindestens zwei Hauptverantwortliche zur Koordination der Redaktionskommission. Über Druckhöhe (nach Abfrage bei den Kreisverbänden), Gestaltung und Design entscheidet der Landesvorstand in letzter Instanz.

Begründung erfolgt mündlich**BESCHLUSS**

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

Antrag A7**Antragsteller: Erkan Dinar****Gleichstellung der Kurdinnen und Kurden****Der Parteitag möge beschließen:**

Der Landesparteitag setzt sich für die Gleichstellung der Kurdinnen und Kurden mit anderen Migrantengruppen in Deutschland ein und unterstützt alle Forderungen der Berliner Erklärung „Für Gleichstellung der Kurdinnen und Kurden mit anderen Migrantengruppen“ Diese wären:

1. Die Anerkennung der kurdischen Migranten als eigenständige Migrantengruppe und Gleichstellung mit den anderen Migrantengruppen in Deutschland

2. Aufhebung des seit 1993 gegen die PPK und gegen andere kurdische Organisationen in Deutschland bestehenden Verbots und die Forderung auf Beendigung der Repressionsmaßnahmen

3. Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten auch für kurdische Migranten und Flüchtlinge in ihrer Muttersprache

4. Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht für kurdische Schülerinnen und Schüler;

5. Das Zulassen von kurdischen Namen, auch wenn diese von den Behörden der Herkunftsländer nicht anerkannt werden

6. Gleichbehandlung der Kurden bei den fremdsprachigen Sendungen der öffentlich-rechtlichen

1 Rundfunkanstalten

2
3 7. Aufhebung der Betätigungsverbote für kurdische Medien wie ROJ TV in Deutschland

4
5 8. Aufnahme der Selbstorganisationen der Kurden in den Integrationsgipfel und Förderung der
6 Selbsthilfe sowie der Bestrebungen für muttersprachlichen politischen und kulturellen Information
7 und Bildung

8
9 9. Einstellung von Abschiebungen von politisch aktiven Kurden und Einstellung der
10 Widerrufsverfahren gegen anerkannte kurdische Flüchtlinge

11
12 10. Verstärkter Einsatz der Bundesregierung für die friedliche und demokratische Lösung der
13 Kurdenfrage

14
15 **Begründung:** In Deutschland leben fast eine Million Kurdinnen und Kurden. Sie kamen als
16 Arbeitsmigranten, Flüchtlinge oder Akademiker aus der Türkei, dem Iran, Irak und Syrien. Etwa
17 330.000 Kurdinnen und Kurden besitzen bereits die Staatsbürgerschaft der Bundesrepublik
18 Deutschland. Der Rest gilt immer noch als Staatsangehörige der Türkei, Iran, Irak, Syrien. Dadurch
19 werden ihnen fundamentale Rechte wie muttersprachlicher Unterricht, Beratung und Betreuung in
20 der eigenen Sprache, Teilhabe an spezifischen Integrationsmaßnahmen u. v. a. m. verwehrt. Nur
21 durch eine Anerkennung als eigenständige Migrantengruppe kann es hier ein gegensteuern
22 geben. Sie müssen in der öffentlichen Unterstützung und Förderung der sozio-kulturellen Anliegen
23 den anderen Migrantengruppen gleichgestellt werden.

24
25 Das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) führt seit 1993 zu einer Kriminalisierung und
26 Stigmatisierung von kurdischen Migranten in Deutschland. Eine Betätigung in kurdischen
27 Selbstorganisationen ist kaum noch möglich. Die Organisationsverbote und zahlreichen
28 Repressionsmaßnahmen stellen sich derzeit als große Integrationshindernisse dar. Kurdinnen und
29 Kurden werden dadurch an den „politischen Rand“ der Gesellschaft gedrängt. Dagegen muss sich
30 DIE LINKE in aller Deutlichkeit stellen und Partei ergreifen.

31
32 **BESCHLUSS**

33 Dafür _____

34 Dagegen _____

35 Enthaltungen _____

36
37 Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

38
39
40

Antrag A8

Antragsteller_innen: Eva Bernardi, Erkan Dinar, Holger Grünwedel, Dagmar Henn, Reiner Lanowski, Rainer Lindner, Axel Mende, Kornelia Möller, Arno Pfaffenberger, Joachim Reitz , Hermann Ruttmann, Chris Sedlmair, Mario Simonovic, Siegfried Steiner, Dr. Martina Tiedens

Der Landesvorstand wird beauftragt, alle Möglichkeiten zu prüfen, die Nennung der Partei DIE LINKE im Verzeichnis des bayrischen Innenministeriums für „extremistische bzw. extremistisch beeinflusste Organisationen“ rechtlich zu unterbinden.

Begründung:

Die Nennung unserer Partei sowie der uns verbundenen Organisationen in diesen Verzeichnissen betrifft nicht nur Mitglieder, die beim Land Bayern beschäftigt sind oder dort beschäftigt werden wollen. Seit einer neuen Richtlinie für die offenen Ganztagschulen sind davon auch alle Mitarbeiter freier Träger und Vereine betroffen, die Angebote im Rahmen der offenen Ganztagschule machen. Auch sie müssen eine Erklärung unterzeichnen, nie Mitglied der LINKEN. gewesen zu sein und ihnen kann, so sie es doch sind, eine entsprechende Tätigkeit durch das Ministerium untersagt werden.

Die Aufführung der LINKEN. sowie der Jugendorganisationen stellt eine Behinderung der Tätigkeit in einer legalen, demokratischen Partei dar und ist ein klarer Angriff auf demokratische Grundrechte. Das allein ist Grund genug, dagegen vorzugehen.

Viele der freien Träger, die von der Richtlinie für die offenen Ganztagschulen betroffen sind, setzen sich dagegen zur Wehr. So hat der Kreisjugendring München bereits erklärt, seine Angebote in der offenen Ganztagschule im kommenden Jahr einzustellen, wenn diese Richtlinie nicht geändert wird. Auch vor diesem Hintergrund stünde es der LINKEN. gut zu Gesicht, sich gegen diese Auflistung zur Wehr zu setzen.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

1 **Anträge zur Organisation der Arbeit im Landesverband**

2
3 **Antrag O1**

4
5 **Antragsteller: KV Kronach-Lichtenfels, erster Satz auch KV Dachau**

6
7 **Antragsbegehren: Terminsetzungen für Landesparteitage**

8
9 Der Parteitag möge beschließen:

10
11 Der Termin für den Landesparteitag (Datum) muss immer auf dem vorher
12 liegenden Parteitag festgelegt werden. Nur so kann eine terminliche Planung in den
13 Kreisverbänden erfolgen. Im Monat Dezember darf von Seiten des Landesverbandes
14 keine Veranstaltung dieser Form mehr geplant werden, da in diesem Zeitraum zu
15 viele Veranstaltungen in ganz Bayern stattfinden.

16
17 **BESCHLUSS**

18 Dafür _____

19 Dagegen _____

20 Enthaltungen _____

21 Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

22
23
24
25
26
27 **Antrag O2**

28
29 **Antragsteller KV Dachau**

30
31 **Antragsbegehren: Terminsetzung für Sitzungen und Veranstaltungen von**
32 **Landesarbeitsgemeinschaften**

33
34 Der Parteitag möge beschließen:

35
36 Sitzungen und Veranstaltungen von Landesarbeitsgemeinschaften und
37 anderen Arbeitsgruppen dürfen nicht am gleichen Tag stattfinden

38
39 Begründung:

40 Mitglieder, die in mehreren Landesarbeitsgemeinschaften, Arbeitsgruppen,
41 Interessengemeinschaften etc. involviert sind, können sich nicht zerteilen. Es muss
42 also auch eine terminliche Abstimmung innerhalb dieser Gruppierungen stattfinden.
43 Lösung: Eine Liste muss zwingenderweise in der Landesgeschäftsstelle geführt
44 werden, um terminliche Überschreitungen auszuschließen.

45
46 **BESCHLUSS**

47 Dafür _____

48 Dagegen _____

49 Enthaltungen _____

50 Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42

Antrag O3

Antragsteller: KV Kronach-Lichtenfels

Antragsbegehren: Sitzungen und Veranstaltungen von Landesarbeitsgemeinschaften

Der Parteitag möge beschließen:

Veranstaltungen von Arbeitsgruppen innerhalb des Landesverbandes müssen terminlich abgestimmt werden, so dass nicht zwei Veranstaltungen des Landesverbandes an ein und demselben Tag stattfinden.

BESCHLUSS

Dafür _____
Dagegen _____
Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

Antrag O4

Antragsteller: KV Kronach-Lichtenfels

Antragsbegehren: Auszahlungszeitpunkt der anteiligen Mitgliedsbeiträge an KVs

Der Parteitag möge beschließen:

Die anteiligen Mitgliedsbeiträge müssen spätestens einen Monat nach Quartalsabschluss auf die Konten der Kreisverbände eingehen, nur so kann ein Kreisverband effektiv arbeiten und wirtschaften.

BESCHLUSS

Dafür _____
Dagegen _____
Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

Antrag O5**Antragsteller: KV Kronach-Lichtenfels****Antragsbegehren: Besetzung der Wahlkampforganisation**

Der Parteitag möge beschließen:

Die Wahlkampforganisation muss von Personen besetzt sein, die nicht gleichzeitig als Kandidaten fungieren. Und es sollte auch hier mindestens ein Mitglied aus jeder Region in Bayern dabei sein.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

Antrag O6**Antragsteller_innen: Barbara Daum, Reinhold Rückert, Heinz Allekotte, alle Kreisverband Aschaffenburg und Untermain****Antrag: Streichung der Stelle eines/r Landesgeschäftsführers/-in im Landesverband Bayern**

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand, die Stelle des/der Landesgeschäftsführers/-in zu streichen und in eine Stelle für Organisation umzuwidmen.

Begründung: [...]

Anmerkung der Antragsberatungskommission (i.F. ABK):

In der Frage der Veröffentlichung von Antragsbegründungen bzw. –texten, die namentlich auf Beschäftigte der Partei eingehen, hat die ABK aus gegebenem Anlass Auskunft eingeholt, welche Form der öffentlichen Verhandlung über Beschäftigungsverhältnisse der Partei im Rahmen von Parteitag zulässig ist. Hierzu haben wir von einem Mitglied des Betriebsrats die Auskunft erhalten, dass konkret personenbezogene Anmerkungen oder Begründungen in Anträgen nicht öffentlich verhandelbar sind; somit wurde eine entsprechende Passage im Antragsheft nicht veröffentlicht (Kennzeichnung: „[...]“).

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

Antrag O7**Antragsteller: Joachim Reitz**

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand die Aufgaben eines Landesgeschäftsführers/-in so zu definieren, dass diese Tätigkeit nach der Bundestagswahl in eine max. 21-Std. Teilzeitbeschäftigung (sog. Halbtagsstelle) umgewandelt werden kann. Spätestens zum 01.01.2010 ist die Stelle des Landesgeschäftsführers/-in auf o. g. Kriterien zu ändern. Der Landesvorstand, wird beauftragt, eine einvernehmliche Lösung herbei zu führen.

Begründung:

In einem Jahr mit Europa- und Bundestagswahl ist es nicht möglich auf die Hilfe einer Vollzeitkraft in der Landesgeschäftsführung zu verzichten. Die finanzielle Situation des Landesverbandes lässt es aber auf absehbare Zeit nicht zu, die - zweifelsohne wünschenswerte - personelle Besetzung der Landesgeschäftsstelle auf Dauer in gewohnter Weise zu gewährleisten. Selbst bei einer weiteren Änderung der Beitragsanteile zugunsten des Landesverbandes wird dies nicht ohne entsprechendes Entgegenkommen, wie z. B. Fahrkostenübernahme zum Landesparteitag und sonstiger Gremien, gegenüber den Kreisverbänden möglich sein.

BESCHLUSS

Dafür _____
 Dagegen _____
 Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

Antrag O8**Antragsteller_innen: Barbara Daum, Reinhold Rückert, Heinz Allekotte, alle Kreisverband Aschaffenburg und Untermain****Antrag: Wiederherstellung des geltenden Delegiertenschlüssels von vor dem LPT 2008**

Der LPT 2009 beschließt den geltenden Delegiertenschlüssel von vor dem LPT 2008 wieder einzusetzen.

Begründung:

Der jetzt gültige Delegiertenschlüssel wurde mit Kostenersparnis begründet. Da in der Zwischenzeit die Fahrtkosten zu den LPT und anderen innerparteilichen Treffen eh von den Kreisen aufgebracht werden müssen, hat sich das Argument der Kostenfrage für den Landesverband von selbst erledigt. Wir wissen alle, dass fast jeder Kreisverband heterogen verfasst ist. Bei dem jetzt gültigen Delegiertenschlüssel werden Meinungen von Minderheiten benachteiligt. Zur demokratischen Willensbildung ist es daher dringend nötig, dass sich das gesamte Spektrum der Partei auf dem LPT vertreten sieht – und sich auch Gehör verschaffen kann. Weiteres mündlich.

BESCHLUSS

Dafür _____
 Dagegen _____
 Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27

Antrag O9

Antragsteller: LandessprecherInnenrat LAG Betrieb und Gewerkschaft

Antragsbegehren: Organisation der Diskussion zum Parteiprogramm

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand, in Abstimmung mit der Planung auf Bundesebene, die organisatorischen Voraussetzungen zur Erarbeitung und Diskussion des Parteiprogramms in unserem Landesverband zu schaffen.

Dazu erarbeitet der Landesvorstand ein Konzept, das die Beteiligung der Mitglieder am Prozess der Programmarbeitung ermöglicht und stellt einen Zeitplan auf.

Konzept und Zeitplan werden auf der Homepage veröffentlicht und über den Landes-Mitgliederverteiler den Mitgliedern bekannt gemacht.

Begründung:
erfolgt mündlich

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

Antrag O10

Antragsteller: LandessprecherInnenrat LAG Betrieb und Gewerkschaft

Antragsbegehren: Berufung eines Beirats soziale Bewegung auf Landesebene

Der Landesvorstand wird vom Parteitag beauftragt bis Juni 2010 den Beirat soziale Bewegung nach §21 der Landessatzung zu berufen. Die Kreisverbände haben ein Vorschlagsrecht.

Begründung:

In unserer Satzung ist ein Gremium "Beirat soziale Bewegung" vorgesehen. Bis dato ist dieser nicht berufen. In der Zukunft kann dieser ein wichtiges Bindeglied zu sozialen Bewegungen werden.

siehe auch § 21 Landessatzung:

§ 21 Beirat soziale Bewegungen

(1) Die Linke strebt ein breites Bündnis mit allen Menschen an, die mit uns in dem Gedanken geeint sind - eine andere Politik ist möglich und machbar. Der Ausgangspunkt für eine andere Politik sind vielfältige Aktivitäten von Initiativen und Bewegungen, Gewerkschaften und Sozialverbänden, Frauenorganisationen, weltanschauliche und globalisierungskritischen Gruppen, Umweltverbänden und anderen, die die Interessen der Menschen an einer anderen Politik zum Ausdruck bringen. Darauf wollen wir aufbauen, sie wollen wir stärken. Ihre Forderungen wollen wir aufgreifen und mit den Mitteln einer politischen Partei unterstützen. Wir leisten einen Beitrag, den sozialen Bewegungen eine politische und parlamentarische Stimme zu geben. (2) Der Linke Landesverband Bayern richtet einen Beirat soziale Bewegungen ein, in dem Vertreterinnen und Vertreter dieser Bewegungen beratend Einfluss auf die Gestaltung unserer Politik nehmen können.

1 *Wir laden die Sozialverbände, die Gewerkschaften, Frauen und Jugendorganisationen, Umwelt-*
 2 *und Naturschutzverbände u.a. gesellschaftlich relevanten Organisationen ein, Vertreterinnen und*
 3 *Vertreter in den Beirat soziale Bewegungen zu entsenden. Mitgliedschaft in der Partei Die Linke ist*
 4 *keine Voraussetzung für eine Entsendung in den Beirat. Der Landesvorstand beruft der*
 5 *Beiratsmitglieder. (3) Der Beirat soziale Bewegungen wird vom Landesvorstand mindestens ein*
 6 *Mal jährlich zu einer Beiratssitzung einberufen. An der Sitzung nehmen mindestens drei*
 7 *Vertreterinnen und Vertreter des Landesvorstandes teil.(4) Die Vorschläge und Empfehlungen des*
 8 *Beirates sollen in die politisch-programmatischen Überlegungen der Gremien des*
 9 *Landesverbandes der Partei einbezogen werden. Der Beirat kann an den Landesparteitag Anträge*
 10 *stellen und er erstattet dem Landesparteitag Bericht über seine Tätigkeit.*

11
 12 **BESCHLUSS**

13 Dafür _____
 14 Dagegen _____
 15 Enthaltungen _____

16 Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....
 17
 18

19 **Antrag O11**

20
 21 **Antragsteller_innen: Dr. Martina Tiedens, Dagmar Henn, Holger Grünwedel, Erkan Dinar**
 22 **(Koordinierungsrat der Antikapitalistischen Linken in Bayern)**

23
 24 **Antragsbegehren: Landesparteitag 2010 zur Krise und Auswirkungen**

25
 26 Der Landesparteitag möge beschließen:
 27 Der Landesvorstand wird beauftragt in der 1.Jahreshälfte 2010 einen Landesparteitag zur Krise
 28 und ihren Auswirkungen in Bayern einzuberufen.
 29

30 **Begründung:**

31 Die derzeitige Krise, von den Herrschenden als Finanzmarktkrise verharmlost, hat längst die reale
 32 Wirtschaft erreicht. Tatsächlich liegt unter der „Finanzkrise“ ein normaler Konjunkturabschwung,
 33 das Ende eines industriellen Zyklus und die ökologische Krise, die vom Klimawandel über
 34 Wassermangel bis zum Versiegen mancher Rohstoffe reicht. Gleichzeitig verliert die politische
 35 Struktur zunehmend an Glaubwürdigkeit. Ein Ausweg aus dieser Krise zeichnet sich weder
 36 politisch noch ökonomisch ab; es ist eine Systemkrise. Im EURO-Raum sind einige Länder faktisch
 37 pleite, während die Bundesrepublik Exportweltmeister ist und es um jeden Preis bleiben will. Die
 38 Umverteilung von unten nach oben nimmt immer weiter zu. Sozial und wirtschaftlich entwickelt sich
 39 die Bundesrepublik und auch Bayern immer weiter
 40 auseinander. Die Schulden der öffentlichen Haushalte explodieren gerade. Bayern ist nach Baden-
 41 Württemberg das Bundesland, das die höchste Exportabhängigkeit in seiner Industrie hat und wird
 42 deshalb besonders von der Krise getroffen. Vor dem Hintergrund eines durch die Bayern-LB
 43 ausgeplünderten Landeshaushalts wird das in vielen gesellschaftlichen Bereichen Folgen haben,
 44 so z.B. im hier besonders veränderungsbedürftigen Bildungssektor (zehn Prozent ohne
 45 Schulabschluss, die wenigsten Abiturienten bundesweit, die höchste soziale Selektivität). DIE
 46 LINKE. in Bayern muss nicht nur argumentieren, sondern auch handeln können. Die notwendige
 47 Breite der Diskussion und die notwendige Tragfähigkeit der erforderlichen Beschlüsse kann nur
 48 über einen Landesparteitag erreicht werden.
 49

50 **BESCHLUSS**

51 Dafür _____
 52 Dagegen _____
 53 Enthaltungen _____

54 Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

Anträge zur Satzung und zur Finanzordnung

Antrag SF1

Antragsteller: Harald Weinberg

Antragsbegehren: Änderung der Finanzordnung

Der Parteitag möge beschließen:

Änderung von § 4 Abs. 1 der Finanzordnung wie folgt:

(1) Von den vereinnahmten Mitgliedsbeiträgen erhält der jeweilige Kreisverband einen Anteil von 50 Prozent, der Landesverband einen Anteil von 40 Prozent. Die restlichen 10 Prozent fließen in den Aufbaufonds.

Begründung:

Sowohl der Antrag zur Parteientwicklung als auch der Antrag "Die LINKE in Bayern" machen deutlich, welche Aufgaben und Anforderungen auf den Landesverband zukommen. Die Erfahrungen im Bundestagswahlkampf haben gezeigt, dass die Mittel auf der Landesebene nicht ausreichen, um eine sinnvolle Unterstützung von Wahlkämpfen und Kampagnen zu gewährleisten. Zudem kommen laufend LAG'en hinzu, die ebenfalls finanzielle Ansprüche stellen. Die Diskussion um Bezirksstrukturen hat natürlich auch finanzielle Konsequenzen und kann bei der gegebenen Verteilung sicher nicht aus Landesmitteln unterstützt werden.

Eine ausführliche Begründung erfolgt dann mündlich.

BESCHLUSS

Dafür _____
Dagegen _____
Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

Antrag SF2**Antragsteller:** Harald Weinberg**Antragsbegehren: Änderung von Finanzordnung und Änderung der Landessatzung****Der Parteitag möge beschließen:**

Ergänzung von § 5 Abs. 1 der Finanzordnung wie folgt:

(1) Der/die LandesschatzmeisterIn erstellt jährlich einen Entwurf des Haushaltsplans, der dem Landesfinanzrat zur Beratung vorgelegt werden muss. Der Landesfinanzrat kann Änderungen am Entwurf des Haushaltsplans vornehmen oder einen eigenen Entwurf erstellen. Nach Beschluss des Entwurfes durch den Landesfinanzrat wird dieser dem Landesparteitag vorgelegt **oder in anderer geeigneter Form in der Landespartei veröffentlicht.**

Und Ersetzung von § 23 Abs. 2 der Landessatzung durch den letzten Satz.

Begründung:

Die Auseinandersetzung um den Landesfinanzplan 2009 hat zeitweise recht skurrile Formen angenommen, die nahelegte, dass die relative Bedeutung eines Finanzplanes nicht wirklich verstanden worden ist.

Eine Planung erfolgt immer vor dem Hintergrund unsicherer Annahmen und ist immer nur relativ zutreffend bzw. relativ unzutreffend. Wichtig an der Finanzplanung ist sicher nicht jede einzelne angenommene Einnahme oder Ausgabe, sondern dass sie mit dem Gebot der kaufmännischen Vorsicht erstellt wurde, also v.a. vorsichtige Annahmen trifft hinsichtlich der Einnahmeseite, und auf der Ausgabenseite die Finanzierung der politischen Schwerpunkte des Landesverbandes erkennen lässt.

Jeder Finanzplan ist Makulatur, wenn z.B. ein Parteitag als Souverän die politischen Schwerpunkte anders beschließt, als sie der Landesvorstand vordiskutiert hat. Für jede dann notwendige Korrektur des Finanzplanes erneut einen Parteitag einzuberufen, ist ziemlicher Unsinn und teuer.

Wichtig ist, dass der Finanzplan auf der Ausgabenseite die politische Schwerpunktsetzung erkennen lässt und dann im Landesverband bekannt gemacht wird. Der Vorschlag geht dahin, dies auch ohne den Aufwand eines Parteitages zu ermöglichen und damit gleichzeitig womöglich Konfliktpotenziale und Arbeit für die Schiedskommission zu vermindern.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

*Die ABK weist darauf hin, dass zusätzlich zur beantragten Ersetzung von § 23 Abs. 2 der Landessatzung („Der Landesparteitag entscheidet über den jährlichen Landesfinanzplan auf Vorschlag des Landesfinanzrates.“) auch eine Streichung des § 15 Abs. 2 Buchst. d letzter Teil („Dem Parteitag vorbehalten ist im Rahmen der Beschlüsse auf Bundesebene die Beschlussfassung auf Landesebene über: (...) d) die grundsätzlichen Richtlinien über die Finanzierung der politischen Arbeit, einschließlich der Landesfinanzordnung **sowie den Haushalt des Landesverbandes**; ...“) nötig wäre. Die ABK schlägt vor, zunächst die Satzungsänderungen abzustimmen, um sicherzustellen, dass bei eventueller Annahme die erforderliche 2/3-Mehrheit erlangt wird.*

Thema: Bezirksverbände. Zwei Anträge: SF3 und SF4

Antrag SF3

Antragsteller: Kreisvorstand Dillingen-Ries

Antragsbegehren: Änderung der Satzung zur Einführung von Bezirksverbänden

Der Landesparteitag möge §12 der Landessatzung durch den folgenden Text ersetzen:

3. Die Gliederung des Landesverbandes

§ 12 **Bezirks- und Kreisverbände**

(1) Der Landesverband Bayern gliedert sich in **Bezirksverbände**, Kreisverbände und ggf. Ortsverbände.

(2) **Die Bezirksverbände führen den Namen DIE LINKE. Bezirksverband ... (unter Hinzufügung ihres Regierungsbezirkes**, Kreisverbände führen den Namen DIE LINKE. Kreisverband... (unter Hinzufügung ihrer Gebietsbezeichnung).

(3) **Die Bezirksverbände entsprechen den Bayerischen Regierungsbezirken**, die Kreisverbände entsprechen in der Regel dem Gebiete der jeweiligen (Land-)Kreise oder kreisfreien Städte. Andere bisherige regionale Einteilungen bleiben bestehen.

Regional zusammenhängende Kreisverbände können sich zu größeren Kreisverbänden zusammenschließen.

(4) Die Aufteilung eines Kreisverbandes in zwei oder mehrere Kreisverbände setzt voraus, dass in jedem neuen Kreisverband mindestens sieben Mitglieder verbleiben.

(5) **Bezirksverbände werden durch die im jeweiligen Bezirk bestehenden**

Kreisverbände, Kreisverbände durch mindestens sieben Mitglieder gegründet, die ihren ersten Wohnsitz in dessen räumlichen Zuständigkeitsbereich haben müssen.

Die Gründungsversammlung leitet ein Mitglied des Landesvorstandes. Die Gründung erfolgt durch die Wahl eines Vorstandes. Die Gründung eines **Bezirks-** oder Kreisverbandes bedarf der Bestätigung durch den Landesvorstand. Dazu sind dem Landesvorstand die Tagesordnung und das Protokoll der Gründungsversammlung zuzuleiten. Dieser darf die Bestätigung nur aufgrund formaler Fehler verweigern.

(6) Organe der Bezirksverbände sind

1. der Bezirksdelegiertenparteitag

2. der aus mindestens sechs Mitgliedern bestehende Vorstand, darunter ein/e Kassierer/in.

Die Zahl der Delegierten jedes entsendenden Kreisverbandes entspricht dem gültigen Delegiertenschlüssel zum Landesparteitag.

Organe der Kreisverbände sind:

1. der Kreisparteitag

2. der aus mindestens drei Mitgliedern bestehende Vorstand, darunter ein/e Kassierer/in.

Den **Bezirks-** und Kreisverbänden steht es frei, in ihren Satzungen weitere Organe zu bestimmen.

(7) **Bezirks- und Kreisparteitage wählen den jeweiligen Vorstand** und entscheiden über die Satzung.

Der Kreisparteitag wählt die Delegierten für den **Bezirks- und den Landesparteitag**.

Delegierte und Ersatzdelegierte sind gegenüber dem entsendenden Gremium

berichtspflichtig. Die Kreisverbände halten bei den Delegierten die Parität

(Minderheitengeschlecht mindestens entsprechend seinem Mitgliederanteil) ein. **Der**

Bezirksparteitag tritt mindestens einmal, der Kreisparteitag mindestens zweimal jährlich zusammen.

Der Bezirksparteitag tagt als Delegiertenversammlung, der Kreisparteitag als Mitglieder- oder Delegiertenversammlung.

Die **Delegierten- oder** Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, sofern **für** sie ordentlich und fristgerecht eingeladen wurde. Die Einladungsfrist beträgt vier Wochen für Wahlen und Satzungsänderungen ansonsten eine Woche, sofern die **betreffende** Satzung nichts anderes bestimmt. **Die Versammlung** ist so lange beschlussfähig, wie mehr als die Hälfte der

- 1 stimmberechtigten Mitglieder anwesend **ist, welche** beim Eintritt in die Tagesordnung gezählt
2 wurden.
3 Wenn ein Kreisverband vollständig in Ortsverbände untergliedert ist, kann der
4 Kreisparteitag statt als Mitgliederversammlung auch als Delegiertenversammlung durchgeführt
5 werden. Ob eine Kreismitgliederversammlung oder eine Delegiertenversammlung durchgeführt
6 wird, entscheidet die vorhergehende Mitglieder- oder Delegiertenversammlung. Der Kreisvorstand
7 legt **dafür** auch den
8 Delegiertenschlüssel fest. Die Einladungsfrist für eine Delegiertenversammlung beträgt sechs
9 Wochen und beginnt mit dem Einberufungsbeschluss (mit vorläufiger Tagesordnung) und der
10 Feststellung des Delegiertenschlüssels. Die Delegiertenversammlung ist beschlussfähig, wenn und
11 solange mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend sind.
12 (8) **Bezirks- und** Kreisverbände können sich durch Beschluss **des Bezirks- oder** Kreisparteitages
13 im Rahmen der Bundes- und Landessatzung eine eigene Satzung geben.
14 Satzungsbestimmungen, die der Bundes- oder der Landessatzung widersprechen, sind
15 unwirksam.
16 (9) ...[keine Änderung]
17 (10) Der Landesvorstand hat sicher zu stellen, dass den **Bezirks- und**
18 Kreisverbänden für ihre Arbeit angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.
19 **Die Bezirks- und** Kreisverbände sind verpflichtet, ihre finanziellen Mittel nach den Grundsätzen
20 einer ordentlichen wie sparsamen Haushaltsführung zu verwalten.
21 Näheres regelt die Finanzordnung des Landesverbandes.
22 (11) Der Landesvorstand hat die organisatorische und politische Einheit des
23 Landesverbandes zu bewahren und dazu die Arbeitsfähigkeit der **Bezirks- und** Kreisverbände
24 sicherzustellen. **Bezirks- und** Kreisverbände sind verpflichtet die gesetzlichen und
25 satzungsmäßigen Bestimmungen zur Rechenschaftslegung einzuhalten.
26 (12) Wenn **Bezirks-** oder Kreisverbände in ihren Beschlüssen und ihrem politischen Wirken
27 erheblich und fortgesetzt gegen die Grundsätze des Programms, der Satzung oder
28 Grundsatzbeschlüsse der Partei verstoßen, können sie oder einzelne ihrer Organe durch
29 Beschluss des Landesparteitages aufgelöst werden.
30 (13) [keine Änderung]

31
32 **[Änderungen fett hervorgehoben]**

33
34
35 **BESCHLUSS**

36 Dafür _____
37 Dagegen _____
38 Enthaltungen _____

39 Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

40
41 *Anmerkung ABK: Siehe Verfahrensvorschlag kommende Seite zur Behandlung von SF3 und SF4.*

1 **Antrag** **SF4**

2

3 **Antragsteller: KV Ingolstadt**

4

5 **Antragsteller: Kreisverband Ingolstadt**

6 **Antragsbegehren: Beauftragung des Lavo zur Erarbeitung einer Satzungsänderung zur**
 7 **Einführung von Bezirksverbänden**

8 Der Landesparteitag möge beschließen:

9

10 Der Landesvorstand erarbeitet eine Satzungsänderung, welche die Bildung von
 11 Bezirksverbänden erlaubt. Der Landesvorstand kann diese Aufgabe auch
 12 eigenverantwortlich an eine entsprechende Arbeitsgruppe delegieren.

13

14 **Begründung:**

15 Im Zuge des Landtagswahlkampfes fehlte eine funktionierende organisatorische
 16 Arbeit auf Ebene des Regierungsbezirks Oberbayern. Wir sind der Überzeugung,
 17 dass in einem Flächenland wie Bayern (flächenmäßig größtes Bundesland) eine
 18 zusätzliche Organisationsebene zwischen den Kreisverbänden und der Landesebene für die
 19 zukünftige politische Arbeit dringend erforderlich ist. Daher wird der Landesvorstand beauftragt
 20 eine entsprechende Satzungsänderung zu erarbeiten und einem Landesparteitag zur Abstimmung
 21 vorschlagen.

22

23

24 **BESCHLUSS**

25 Dafür _____

26 Dagegen _____

27 Enthaltungen _____

28 Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

29

30 *Vorschlag der ABK zur Behandlung von SF3 und SF4:*

31 *Beide Anträge verfolgen das gleiche Anliegen, schlagen jedoch unterschiedliche Wege vor. Um*
 32 *eine effiziente Verhandlung zu erreichen, hält die ABK es für sinnvoll, ein stufenweises Verfahren*
 33 *durchzuführen.*

- 34 1. *Zunächst würde der Parteitag per Abstimmung klären, ob er auf seiner Tagung am*
 35 *5.12.2009 grundsätzlich über die Einrichtung von Bezirksverbänden entscheiden will.*
- 36 2. *Fällt diese Entscheidung positiv aus, folgt eine alternative Abstimmung von SF3 und SF4.*
- 37 3. *Setzt sich SF4 durch, so hat der Landesvorstand den Auftrag, dem nächsten*
 38 *Landesparteitag einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.*
- 39 4. *Setzt sich SF3 durch, so ist in die Aussprache zu SF3 einzutreten. Nach der Behandlung*
 40 *von Änderungsanträgen zu SF3 wäre diese Satzungsänderung dann im Ganzen*
 41 *abzustimmen.*

Antrag SF5**Antragsteller: KV Kronach-Lichtenfels****Antragsbegehren: Vertretung aller Regierungsbezirke im Landesvorstand**

Der Parteitag möge beschließen:

Aufgrund der Tatsache dass nicht aus jedem Bayerischen Regierungsbezirk Mitglieder im Geschäftsführenden Landesvorstand sind z.B. Oberfranken, stellt der Kreisverband Kronach den Antrag das aus jedem Regierungsbezirk mindestens ein Mitglied dem Landesvorstand Angehören muss, so das jede Region gleichberechtigt im Landesverband vertreten ist.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

Die ABK weist darauf hin, dass dieser Antrag, würde man dem Anliegen folge zu leisten versuchen, einen Eingriff in die Satzung nötig machen würde (Zusammensetzung des Landesvorstands). Hierfür liegt aber kein konkreter Formulierungsvorschlag vor. Da für die Abstimmung über Satzungsänderungen den Delegierten aber der genaue Wortlaut im Voraus zugänglich zu machen ist, ist der Antrag nach Auffassung der ABK in dieser Form nicht verhandlungsfähig.

Antrag SF6**Antragsteller: Reinhold Rückert, Barbara Daum, Heinz Allekotte – alle KV Aschaffenburg und Untermain****Antragsbegehren: Trennung von Amt, Mandat und Parteianstellung**

Der LPT möge beschließen:

In Vorstände dürfen nur Genossinnen und Genossen gewählt werden, die keinem Parlament der nächst höheren Ebene angehören. Dies gilt insbesondere für Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes.

Auf gleicher Ebene dürfen Fraktionsvorsitzende nicht Parteivorsitzende sein oder dem Geschäftsführenden Vorstand angehören.

Genossinnen und Genossen die auf gleicher oder höherer Ebene bei der Partei angestellt sind, dürfen nicht in diese Vorstände gewählt werden.

Begründung:

Damit soll gewährleistet werden, dass die Partei das Primat über die Ausrichtung der Politik be-, bzw. erhält. Es darf nicht sein, dass die Politik der Partei in Fraktionen bestimmt wird. Umgekehrt muss es sein. Die Partei hat ein Kontroll- und Weisungsrecht gegenüber der Fraktion, welche sie auch ausüben können muss.

BESCHLUSS

Dafür _____

Dagegen _____

Enthaltungen _____

Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....

1
2 *Die ABK weist darauf hin, dass dieser Antrag, würde man dem Anliegen folge zu leisten*
3 *versuchen, einen Eingriff in die Satzung nötig machen würde (Zusammensetzung von*
4 *Vorständen). Hierfür liegt aber kein konkreter Formulierungsvorschlag vor. Da für die Abstimmung*
5 *über Satzungsänderungen den Delegierten aber der genaue Wortlaut im Voraus zugänglich zu*
6 *machen ist, kann der Antrag nach Auffassung der ABK nicht verhandelt werden.*
7
8
9

10
11 **Antrag SF7**

12
13 **Antragsteller: Basarewycz Josef, Straubing**

14
15 **Antragsbegehren: § 4 Schiedsordnung**

16
17 Der Parteitag möge beschließen!

18
19 Der § 4 der Schiedsordnung regelt die Zuständigkeit der Schiedskommission. Die Zuständigkeit
20 sollte um den Punkt (5), Ethik und Moral erweitert werden. Bei Zuwiderhandlungen gegen Anstand,
21 Sitte und Moral hat die Schiedskommission keine Entscheidungsmöglichkeit.

22 Wie soll sie auch bei satzungskorrektem Verhalten entscheiden?

23 Aber die Fragen nach moralischen und sittlichen Verhalten gewinnen in unserer Gesellschaft
24 immer mehr an Bedeutung. Auch bei politischen Parteien macht sich Mobbing breit. Wie bei
25 Firmen sollten Abmahnungen möglich sein.

26 Abmahnung bedeutet Parteiausschluss. Die Wahrung der Rechte des einzelnen Mitglieds (§ 1)
27 und der Erhalt demokratischer Prinzipien wäre dadurch gesichert Für die Notwendigkeit einer
28 Ethikregelung spricht die Zunahme von Podiumsdiskussionen mit Spitzenpolitikern aller Parteien
29 und auch so genannten „Vorbildern“ aus der Wirtschaft.

30
31 Beispiele

32 Phoenix : Podiumsdiskussion über Ethik und Religion Teilnehmer Gregor Gysi

33 Diskussion über Vollbildfunktionen von Managern Teilnehmer Klaus Ernst

34 Diskussion über Anstand und Glaubwürdigkeit von Politikern Teilnehmer Heiner Geissler
35

36 **BESCHLUSS**

37 Dafür _____

38 Dagegen _____

39 Enthaltungen _____

40 Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....
41

42 *Die ABK weist darauf hin, dass ihrer Auffassung nach der Antrag nicht verhandelbar ist. Er deutet*
43 *an, § 4 der Bundesschiedsordnung ändern zu wollen. Damit ist der bayerische Landesparteitag*
44 *der LINKEN nicht der richtige Adressat; noch liegt ein konkreter Formulierungsvorschlag vor.*
45

1 **Antrag** **SF8**

2
3 **Antragsteller: Michael Treitinger, München**

4
5 **Antragsbegehrt: Änderung der Landessatzung hinsichtlich der Zusammensetzung von**
6 **Kreisvorständen**

7
8 Folgender der Passus der Landessatzung wird ergänzt:

9
10 §12 (6.2)
11 "der aus mindestens drei Mitgliedern bestehende Kreisvorstand, darunter ein/e Kassierer/in"
12 zu
13 "der aus mindestens drei Mitgliedern bestehende Kreisvorstand, darunter ein/e Kassierer/in,
14 der/die in einem eigenen Wahlgang gewählt und kein weiteres Amt im Kreisvorstand ausüben
15 kann"

16
17 **BESCHLUSS**

18 Dafür _____
19 Dagegen _____
20 Enthaltungen _____

21 Der Antrag wurde Angenommen..... Abgelehnt.....